

F. Teilhaben an guter Bildung

Wie wir Kitas und Schulen, Hochschulen und Ausbildung besser machen

Bildung eröffnet Zukunft. Die Welt kennen lernen, verstehen, was um einen herum passiert, das eigene Leben selbst gestalten, Verantwortung für sich und andere übernehmen, Wünsche und Ziele verwirklichen – dies sollte allen Menschen offenstehen. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Er darf nicht an der Herkunft, nicht an den Lebensumständen und nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Wir verlangen einem Teil der Bevölkerung mit unseren Vorhaben in der Steuerpolitik einiges ab. Aber im Gegenzug verpflichten wir uns, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Kitas und Schulen zu begeisternden Lern- und Lebensorten zu machen, an denen jedes Kind mit seinen Talenten und seinem Potential angenommen wird und sich bestmöglich bilden kann. Und wir sorgen dafür, die Zugänge zu Ausbildung, Studium und Weiterbildung stärker zu öffnen und die Übergänge zu erleichtern.

Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Zugleich ist Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und darf nicht vorrangig nach wirtschaftlichen Aspekten gestaltet werden. Wir sorgen dafür, dass sie kein Privileg bleibt, sondern wirklich allen offensteht. Bildung soll sich nach dem Wohl des Kindes richten.

Bildung schafft Gerechtigkeit. Wir streiten für ein inklusives und ein sozial gerechtes Bildungssystem, an dem alle teilhaben. Für eine durchlässige Gesellschaft, die soziale Barrieren abbaut und die Vielfalt der Menschen bejaht.

Bildung schafft Demokratie. Wir treten ein für offene Bildungsinstitutionen, in denen die Einmischung von Lernenden, Lehrenden, Eltern und gesellschaftlichem Umfeld erwünscht ist. Dazu gehören für

uns auch institutionelle Elemente wie verfasste Studierendenschaften und paritätisch besetzte Gremien an Schulen und Hochschulen.

Bildung beginnt in der Familie. Deshalb ist es uns wichtig, Eltern zu stärken – durch den Ausbau der frühen Hilfen und der Familienberatung, durch Eltern-Kind-Zentren als Unterstützungsstruktur für alle Eltern und frühzeitige Sprachkurse. Gute Bildungsinstitutionen arbeiten eng mit den Eltern zusammen und sind vernetzt. Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen.

1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen

Die Qualität von Kitas und Schulen ist zentral, wenn es darum geht, Teilhabechancen von Kindern zu verbessern. Wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen direkt und ohne Umwege zu stärken, zeigt das gescheiterte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung – ein Großteil des Geldes kommt gar nicht dort an, wo es gebraucht wird. Statt Kitas und Schulen zu stärken, finanziert das Bildungs- und Teilhabepaket neue bürokratische Strukturen und private Nachhilfe.

Die hohe Zahl an BildungsverliererInnen ist erschreckend: Es kann keine Bildungsgerechtigkeit und keine Entwarnung geben, solange jede/r fünfte 15-Jährige als funktionale/r AnalphabetIn gilt, jede/r zwanzigste Jugendliche die Schule und fast jede/r Vierte die Ausbildung oder das Studium abbricht, solange knapp 300.000 Jugendliche in Warteschleifen des Übergangssektors geparkt sind und über zwei Millionen junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. Das sind Zahlen, die eine neue Bildungsoffensive erfordern für ein Bildungssystem, das nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern eine Vielzahl von Kompetenzen vermittelt und fördert. Das deutsche Bildungssystem leidet an einem Leistungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Gute Bildungseinrichtungen sind inklusiv, sie zeigen Respekt und Wertschätzung gegenüber der ganzen Vielfalt der Kinder und jungen Menschen. An unseren Bildungseinrichtungen darf niemand diskriminiert werden. Sie nutzen das Potential dieser Vielfalt für eine inklusive Pädagogik, die individuelle Förderung und kooperatives Lernen bietet. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder.

Kitas sind schon heute Vorreiter der Inklusion. Vielerorts ist es normal, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in die Kita gehen. Wir wollen, dass diese Möglichkeit künftig allen Kindern offensteht. Wir wollen Kitas und Schulen dazu befähigen, gemischte pädagogische und sozialpädagogische Teams aufzubauen, sich zu öffnen für Menschen mit Behinderungen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen, damit bisherige Sonder- und Förderschulen perspektivisch entbehrlich werden oder sich für alle Kinder öffnen. Nicht zuletzt die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet uns dazu. Von diesem Anspruch ist das deutsche Schulwesen noch weit entfernt. Dies gilt auch für Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wir wollen dies ändern.

Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ. Dort werden Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende nicht verplant, sondern sie können sich einmischen und mitgestalten und das ist erwünscht. Solche Einrichtungen begreifen Eltern als Partner in der Begleitung der jungen Menschen und bieten Unterstützung und Beratung. Eine Kooperationskultur auf Augenhöhe mit anderen pädagogischen oder außerschulischen Einrichtungen muss eine Selbstverständlichkeit werden. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch verfasst, ihre Gremien paritätisch besetzt sein. SchülerInnen oder Studierende sollen durch selbstverwaltete Strukturen wie Schülervertretungen oder verfasste Studierendenschaften vertreten werden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit menschenrechts- und demokratiefeindlichen Strömungen und Ideologien. Gute Bildungseinrichtungen bringen gute Ergebnisse.

Die Arbeit in Kitas und Schulen ist ausgesprochen verantwortungsvoll. Viele Fachkräfte kommen dieser Verantwortung mit hohem Engagement nach. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen sie Rahmenbedingungen, die sie in ihrem hohen Engagement unterstützen. ErzieherInnen haben eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Doch die gesellschaftliche Anerkennung hinkt hinterher. Auch die zu geringe Entlohnung spiegelt den Anspruch und die Leistung nicht wider. Wir wollen die Länder unterstützen bei der Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, die in großer Zahl dringend gebraucht werden. Wir brauchen Mindeststandards für die

Fachkraft-Kind-Relation, um die Qualität in den Kitas zu verbessern. Duale Ausbildung kann auch bei ErzieherInnen ein guter Weg sein, den Beruf attraktiver zu gestalten. Perspektivisch soll in jeder Gruppe eine Fachkraft arbeiten, die auf Hochschulniveau ausgebildet wurde. Wir brauchen eine Fortbildungskultur, die „lebenslanges Lernen“ auch für ErzieherInnen und LehrerInnen ernst meint. Dabei müssen Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Sensibilität bezüglich der Vielfalt sexueller Identitäten, Formen selbstbestimmten Lernens und heil- und sonderpädagogisches Wissen Teil der Aus- und Weiterbildung sein. Dazu gehören für uns auch mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund, mit eigener Behinderung sowie mehr Männer besonders für den Kita- und Grundschulbereich. Generell ist eine umfassendere Lehrerausbildung mit gleicher Studiendauer für alle Schularten unser Ziel.

Die Verantwortung für gute Kitas, mehr noch aber für Schulen und Hochschulen liegt zuallererst bei den Ländern und den Kommunen. Der Bund kann unterstützen und mitfinanzieren, wenn man ihn lässt. Deshalb muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Bundesländern aufgehoben werden.

Wir wollen die Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen, um den Zugang zu Wissen zu fördern. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit entsprechender Inhalte zu unterstützen. Maßgabe sollten die Standards zu Open Education Resources sein. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Gemäß der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ brauchen wir Kitas, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, die die Kompetenz zur Analyse, Bewertung und Mitgestaltung der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen dieses Jahrhunderts vermitteln.

2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen

Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Begeisterung und Wissensdurst zu erhalten und Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Genau hier scheitert unser Bildungssystem aber viel zu oft.

Die Chancen für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich. Schlimmer: Obwohl diese Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird vererbt, weil das deutsche Bildungssystem daran scheitert, Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund abzukoppeln. Viel zu oft steht schon bei der Geburt fest, wohin der Weg des Kindes führt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Wir aber wollen kein Kind zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen und Wege aufzeigen, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen.

Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Wir wollen den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch angemessen finanzieren, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen, bundesweit Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote in einem Gesetz festlegen und die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. 1 Mrd. Euro an Bundesmitteln pro Jahr werden wir Ländern und Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen, damit es schnell vorgeht. Das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, denn es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fernhalten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen! Eltern sollen sich entscheiden können zwischen einem Platz in der Kita und der Tagespflege.

In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Zu früh wird sortiert, anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Kinder länger gemeinsam an einer Schule lernen. Wir wollen dies aber nicht von oben verordnen, sondern laden Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ein, sich gemeinsam auf den Weg zu machen hin zu besseren Schulen. Davon profitieren alle, die stärkeren SchülerInnen wie die schwächeren. SchülerInnen und LehrerInnen brauchen auch mehr Zeit, denn erfolgreiches Lernen und individuelle Förderung laufen nicht im 45-Minuten-Takt und

sind auch nicht mittags zu Ende. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt Neues entdecken können. Eine Ganztagschule kann außerschulische Sport-, Kultur- und Jugendangebote besser einbeziehen. Wir werden deshalb mit den Ländern über ein zweites Ganztagschulprogramm verhandeln, damit die guten, durch das erste Programm aus dem Jahr 2004 angeschobenen Veränderungen fortgesetzt werden können. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer Schule, die Kinder und Jugendliche gerade auch in schwierigen Lebensphasen individuell fördert. Schulsozialarbeit leistet Prävention und sollte im Rahmen des Ganztagschulausbaus gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir die Sprachbildung in Kitas und Schulen stärken. Sprachbildung muss frühzeitig ansetzen, in den Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert sein und ihre Familiensprachen mit einbeziehen. Für Kinder mit diagnostizierten Lernstörungen wollen wir frühzeitig Wege der therapeutischen Hilfe öffnen.

3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Für viele junge Menschen ist der Weg von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf sehr weit – oft zu weit. Jedes Jahr werden rund 300.000 junge Menschen vermeintlich berufsvorbereitend von Maßnahme zu Maßnahme geschleppt. Das deutsche Modell der betrieblichen Ausbildung ist zu Recht international anerkannt. Aber: Zu wenige Jugendliche schaffen den Sprung in eine betriebliche Ausbildung, zu wenige Unternehmen beteiligen sich und die Durchlässigkeit lässt zu wünschen übrig. Mit DualPlus wollen wir das Berufsausbildungssystem so weiterentwickeln, dass alle Ausbildungsinteressierten einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip behalten wir bei, Berufsschule und Betriebe sollen darüber hinaus um überbetriebliche Lernorte ergänzt werden. Für Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, können Produktionsschulen den Übergang in die berufliche Ausbildung erleichtern. Damit der Wechsel in eine herkömmliche betriebliche

Ausbildung stets möglich ist, wollen wir die Ausbildung schrittweise in berufs- und länderübergreifend anerkannte, aufeinander aufbauende Ausbildungsbausteine einteilen. Auch kleinere und spezialisierte Betriebe können sich so an DualPlus beteiligen.

Der Vorteil ist: Mehr Betriebe können sich an der Ausbildung beteiligen, mehr Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz, unterstützende Maßnahmen werden integriert, kein Bildungsschritt bleibt ohne Anschluss. Und so könnte man sich auch den mindestens 4 Mrd. Euro teuren Maßnahmenbeschleuniger sparen und vielen Jugendlichen eine echte Chance geben. Auch die Ausbildungsförderung von Nicht-EU-BürgerInnen soll verbessert werden. Gleichzeitig wird eine Ausbildung zu guten Fachkräften gefördert.

Die Angst vor den Kosten hält zu viele von einem Studium ab. Eine bessere Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende und vor allem BildungsaufsteigerInnen erreichen. Das gilt gerade auch für junge Menschen aus nicht akademischen Elternhäusern ohne entsprechenden Vorbilder. Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch Veränderung des BAföG und eine Erhöhung um 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Außerdem wollen wir das Auslands-BAföG auch für eigenständige Studiengänge im gesamten europäischen Hochschulraum ermöglichen. Im nächsten Schritt werden wir eine Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Studiengebühren sind inzwischen bundesweit fast flächendeckend wieder abgeschafft. Wir lehnen sie weiter ab. Das Deutschlandstipendium und das Bildungssparkonto kritisieren wir. Beide sind ungeeignet, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen besser qualifiziert werden und studieren. Aber die Hochschulen sind nicht gut vorbereitet auf die zum Glück zahlreicher an die Hochschulen drängenden StudienanfängerInnen. Es fehlen ausfinanzierte Studienplätze. Wir wollen Studienwilligen die Türen weit öffnen und jährlich 1 Mrd. Euro mehr in den Hochschulpakt stecken – für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen. Wir wollen den Hochschulpakt verstetigen und zu einem dauerhaf-

ten, bedarfsgerechten System der Hochschulfinanzierung weiterentwickeln.

Wir befürworten die Vision eines europäischen Hochschulraums, setzen uns aber für eine Reform der Studienreform ein. Denn sie löst ihre Versprechungen bisher nicht ein. Die Prüfungsdichte muss reduziert, die Curricula entfrachtet, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen verbessert, Betreuungs- und Beratungsangebote sowie die soziale Infrastruktur auf dem Campus gestärkt werden. Den Bachelor wollen wir als berufsbefähigenden Abschluss etablieren und ausreichende Studienplätze für diejenigen schaffen, die einen Master anstreben.

Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, werden wir für jährlich 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenze, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen – je nach Situation der Berechtigten. Damit können Schulabschlüsse und Qualifizierung nachgeholt werden. Wir wollen so diejenigen für Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden: Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Thema Analphabetismus nicht länger gesellschaftlich ignoriert wird, und dementsprechend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Menschen mit Behinderungen lassen wir alle für weitergehende Qualifizierung und Bildung notwendigen Unterstützungen und Assistenzleistungen zukommen.

4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung

Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken, Zusammenhänge verstehen zu wollen und besser zu begreifen, was wir nicht wissen. Wissenschaft ist eine Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Verantwortung aller Disziplinen. Das in der Verfassung verbriefte Recht auf

Forschungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zugleich muss Wissenschaft sich ihrer Verantwortung in Forschung und Lehre bewusst sein. Wir wollen mit der staatlichen Forschungsförderung Anreize dafür setzen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.

Hierzu brauchen wir auch eine starke Grundlagenforschung. Denn ohne den Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch dafür braucht es Geld und Zeit. Deshalb sehen wir mit Sorge die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch wird gerade die nicht programmgebundene Neugierforschung gefährdet.

Nachhaltige und soziale Innovationen setzen weitreichende Folgeabschätzungen, begleitende Risikoforschung und ein Verständnis der komplexen technischen und gesellschaftlichen Wechselbeziehungen voraus, wenn neue Technologien zum Wohle aller implementiert werden sollen.

Wir müssen von einer Wissenschaft für zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft kommen. Wir wollen inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen, um Wissen zu verbreitern und gesellschaftliche und ökologische Wechselwirkungen früh erkennen zu können. Dazu braucht es eine Stärkung der Forschung für eine nachhaltige Entwicklung. Der Schutz von Umwelt und Tieren macht aber auch Grenzziehungen nötig. Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit VertreterInnen des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen wollen wir strikt verbieten. Wir streben ein weitgehendes Verbot von Versuchen an nicht menschlichen Primaten an. Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärken und begrüßen es, wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen vor Ort Friedensklauseln als Leitbild erarbeiten.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben WissenschaftlerInnen heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Wir wollen familienfreundliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Befristete Verträge haben überhandgenommen, oft mit Laufzeiten unter einem Jahr. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat die Tendenz zu prekärer Beschäftigung

noch verstärkt. In Deutschland zählen selbst gestandene WissenschaftlerInnen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen Nachwuchs. Selbständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit gering bezahlten Lehraufträgen abgedeckt. Wir fordern einen langfristig angelegten „Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs“. Dazu gehören die Veränderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse und neue Personalkategorien jenseits der Professur. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen verbindliche Verpflichtungen für eine nachhaltige Personalentwicklung eingehen. Kontrollmechanismen sollen eingeführt werden, um zu vermeiden, dass die Hochschulen Lehraufträge als Mittel benutzen, um über extrem kostengünstige und recht- und schutzlose Lehrkräfte zu verfügen. Zusätzlich wollen wir mit der Neuauflage des Juniorprofessurenprogramms 1.000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track initiieren. Das heißt, nach positiver Evaluation soll ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis eröffnet werden. Zu einem solchen Pakt gehört für uns auch, dass sich die Qualifizierungs- und Betreuungsverhältnisse für Promovierende verbessern. Dafür müssen qualitative Mindeststandards und ein einheitlicher Doktorandenstatus bundesweit umgesetzt werden. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem künftig auch Kollegs für kooperative Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten fördern.

Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe steigend. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem, es drohen dadurch auch bedeutende Innovations- und Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Wenn diese nicht erfüllt werden, soll das Folgen für die Mittelvergabe haben. Auch die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung wollen wir an gleichstellungspolitische Verpflichtungen knüpfen, um so mittelfristig mindestens 50 % Frauen auf allen Ebenen zu haben.

Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht zunehmend eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems, nämlich die Qualität in der Breite. Einer Trennung

in „Forschungshochschulen“ und „Ausbildungshochschulen“ wollen wir entgegenwirken und die Lehrqualität verbessern. Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten, und der Bund muss größere Verantwortung – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außeruniversitären Forschung – übernehmen. Der Bund kann die Länder entlasten, indem er künftig 70 % statt wie bisher 50 % der Kosten der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft übernimmt und die Programmpauschale der Deutschen Forschungsgemeinschaft schrittweise erhöht. Die Länder sollen sich vertraglich verpflichten, mit den frei werdenden Mitteln die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an. Dabei wollen wir die Instrumente Graduiertenschulen und Exzellenzcluster beibehalten und weiterentwickeln. Für uns ist das europaweit vereinbarte Ziel, 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, nur Mindestmaß. Will die EU insgesamt ihr Ziel erreichen, müssen wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland deutlich höhere Werte anstreben. Das bewährte System der Forschungsförderung aus öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen und wettbewerblicher Projektförderung wollen wir ergänzen durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir wollen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar sind, und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich, damit der Austausch innerhalb der Wissenschaft, aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft verbessert wird. Durch öffentliche Mittel finanzierte wissenschaftliche Publikationen müssen auch frei zugänglich sein. Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung und Lehre an universitären und außeruniversitären Einrichtungen muss gewährleistet werden. Größtmögliche Transparenz über die Forschung an Hochschulen und Universitäten stellt die Grundlage für den kritischen Diskurs an den Hochschulen und für die öffentliche Rechenschaft der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft dar. Klare und verbindliche Transparenzregeln helfen Forschung z. B. zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen wie z. B. Tierversuchen zu identifizieren und sie öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, wer im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich welche Mittel für welche Forschungstätigkeiten erhält und wer mit wem

kooperiert. Wir wollen außerdem Ansätze stärken, forschungspolitische Entscheidungsprozesse partizipativer zu gestalten.

5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben

Bund und Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10 % des Bruttosozialprodukts jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Obwohl das Ziel bis heute noch nicht ganz erreicht ist, sagen wir: Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Ziel müssen mindestens 7 % bei Bildung und 3,5 % bei Forschung und Entwicklung bis 2020 sein. Denn andere sind längst weiter. Bildungs- und Forschungsausgaben haben deshalb für uns einen Vorrang. Und wir werden den Ländern durch eine Reform der Erbschaftsteuer und unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle Spielräume verschaffen für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Wir wollen eine bessere Bildungsfinanzierung und ein besseres Bildungs- und Wissenschaftssystem, das auch leistungsfähiger ist. Dazu müssen auch verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden. Es muss wieder möglich werden, dass der Bund die Länder, z. B. beim Ausbau von Ganztagschulen und Studienplätzen, finanziell unterstützen darf. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu erleichtern. Unser Ziel ist eine Ermöglichungsverfassung für bessere Bildung und Wissenschaft. Um beide Zukunftsfelder zu stärken und Chancengerechtigkeit zu fördern, braucht es einen kooperativen Bildungsföderalismus, eine echte Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine neue Kooperations- und Vertrauenskultur. Bis das Kooperationsverbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Bildungskosten beteiligt und die Länder durch unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhalten.

Wir setzen uns für bundesweit einheitliche und verbindliche abschlussbezogene Bildungsstandards in allen Fächern ein. Damit soll gesichert werden, dass trotz unterschiedlicher Schulsysteme

die Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern vergleichbares Fachwissen erlangen und die gleichen Kernkompetenzen beherrschen. Ebenso wollen wir verhindern, dass ihnen Nachteile bei einem Schulwechsel über Bundesländergrenzen hinweg entstehen.

Wer GRÜN wählt ...

- investiert in mehr, bessere und inklusive Kitas.
- fördert längeres gemeinsames und inklusives Lernen.
- fördert Ganztagschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- sorgt für gute Ausbildung für alle, schafft zusätzliche Studienplätze und verbessert die Qualität von Lehre und Studium.
- schafft Spielräume für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässlichere Perspektiven.
- will das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen.

Schlüsselprojekte

Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagschulen flächendeckend aufbauen

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagschulen sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bilden den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen, in denen alle Kinder auch am

Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können.

Hochschulen stärken – jährlich 1 Mrd. Euro mehr Bundesmittel

Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung bei der Finanzierung übernehmen. Wir wollen, dass 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. Euro jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außeruniversitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

Studierende und Weiterbildung besser unterstützen – das BAföG erhöhen

Zu viele Menschen entscheiden sich wegen finanzieller Barrieren gegen ein Studium. Die Lage von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien wollen wir durch eine Reform und Erhöhung des BAföG verbessern. In einem ersten Schritt stellen wir dafür mindestens 300 Mio. Euro zusätzlich bereit. Danach wollen wir das BAföG schrittweise zum grünen 2-Säulen-Modell erweitern, das eine Basisabsicherung und einen Bedarfzuschuss kombiniert und so mehr Bildungsaufstieg ermöglicht. Damit man sich Lernen und Weiterbilden auch in späteren Lebensphasen leisten kann, wollen wir für jährlich mindestens 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenzen. Die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix aus Zuschüssen und Darlehen, je nach Situation der Berechtigten.